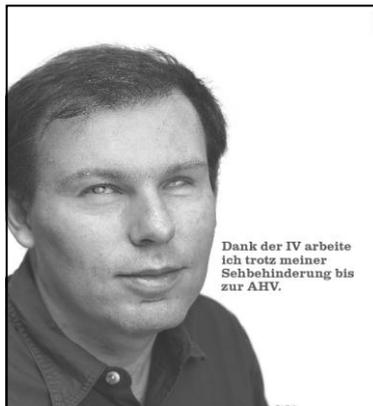


Jahresbericht 2009



Dank der IV arbeite ich trotz meiner Sehbehinderung bis zur AHV.

JA zur IV-Zusatzfinanzierung
am 27. September 2009

Die Kantonalen und Bundesoberkantonalen Behindertenkonferenzen / www.kbk.ch

Stellen, stellen, stellen!
Unsere Behindertenversicherung.



Ich hätte nie gedacht, dass ich behindert werden könnte.

JA zur IV-Zusatzfinanzierung
am 27. September 2009

Die Kantonalen und Bundesoberkantonalen Behindertenkonferenzen / www.kbk.ch

Stellen, stellen, stellen!
Unsere Behindertenversicherung.



Dank der IV kann ich mit dem Rollstuhl zur Schule.

JA zur IV-Zusatzfinanzierung
am 27. September 2009

Die Kantonalen und Bundesoberkantonalen Behindertenkonferenzen / www.kbk.ch

Stellen, stellen, stellen!
Unsere Behindertenversicherung.



Ich werde Industriepraktiker – die IV unterstützt mich dabei.

JA zur IV-Zusatzfinanzierung
am 27. September 2009

Die Kantonalen und Bundesoberkantonalen Behindertenkonferenzen / www.kbk.ch

Stellen, stellen, stellen!
Unsere Behindertenversicherung.

Erfolgreich kämpften wir für ein JA zur IV-Zusatzfinanzierung

Inhalte

1	Politische Themen	3
1.1	IV-Zusatzfinanzierung: Kampagnenleitung im Kanton Bern	3
1.2	Neuer Finanzausgleich NFA	3
1.3	Öffentlicher Verkehr	4
1.4	Psychische Behinderungen	4
1.5	Vernehmlassungen	5
2	Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung	5
2.1	Kontakte mit Verwaltung, Behörden und Politik	5
2.2	Medienkontakte	6
2.3	Vernetzung mit Behindertenorganisationen	6
3	Interna	6
3.1	Zusammenarbeit mit den Mitgliederorganisationen	6
3.2	Vorstand	7
4	Dank	7
4.1	Mitarbeit	7
4.2	Finanzielle Unterstützung	7
4.3	Zusammenarbeitspartner	8

1 Politische Themen

1.1 IV-Zusatzfinanzierung: Kampagnenleitung im Kanton Bern

Ein Schwerpunkt der Aktivitäten im 2009 bildete die Kampagne zur IV-Zusatzfinanzierung. Die kbk übernahm im Kanton Bern die Koordination der Kampagne. Dank den bestehenden Kontakten gelang es uns, die Kampagne breit abzustützen. Fürs Co-Präsidium des **Abstimmungskomitees** gewannen wir Adrian Haas, Grossrat/Fraktionspräsident FDP, Christine Häsler, Grossrätin/Fraktionspräsidentin Grüne, Reto Nause, Gemeinderat CVP, Simon Ryser, Grossrat/Vorstandsmitglied kbk und Dieter Widmer Grossrat/Fraktionspräsident BDP. Insgesamt traten 75 PolitikerInnen dem Abstimmungskomitee bei. Erfreulicherweise waren alle Parteien unter Ausnahme der SVP vertreten. Zusätzlich sind folgende Parteien und Organisationen dem Abstimmungskomitee beigetreten: Aids-Hilfe Kanton Bern, Evangelische Volkspartei Kanton Bern, Grüne Kanton Bern, Handels- und Industrieverein Kanton Bern, Kantonalverband Bernischer Arbeitgeber-Organisationen, SP Kanton Bern.

Meldungen in der Bernerzeitung und im Bund, ein umfassender Artikel in der Berner Rundschau und im Langenthaler Tagblatt erschienen nach der **Medienkonferenz** Mitte August. Radio Rabe berichtet zudem ausführlich über die Abstimmungsvorlage. Mit den sieben Inseraten des Abstimmungskomitees und 41 Testimonialinseraten von 25 Personen waren wir während der gesamten Dauer des Abstimmungskampfes präsent. Im gesamten Kanton Bern führten wir mit unseren Mitgliederorganisationen und mit der Hilfe einzelner PolitikerInnen 22 **Stand- und Verteilaktionen** durch. Damit bildeten wir ein wahrnehmbares Gegengewicht gegen die omnipräsenten Inserate und Plakate der Gegner.

Trotz der breiten Abstützung war am Abstimmungssonntag nicht klar, ob das Volk die Vorlage gutheisst. Das bange Warten auf das Resultat des Kantons Bern machte endgültig klar, wie notwendig unser aller Engagement war. Denn das Ja des Kantons Bern war fürs Erreichen des Ständemehrs ausschlaggebend. Allen, die sich für die Abstimmung engagierten, nochmals ein herzliches Dankeschön.

1.2 Neuer Finanzausgleich NFA

Teilprojekt Erwachsene mit Behinderung

Die Arbeiten zur Umsetzung des NFA schritten weiter voran. Nachdem im 2008 die VertreterInnen der kbk, von Fassis und des Heimverbandes gemeinsam mit den Mitarbeitenden der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (GEF) die Grundsätze erarbeitet und sich intensiv mit der Gestaltung des Versorgungssystems, der Bedarfsabklärung und der Finanzierung auseinandergesetzt hatten, konsolidierten wir im 2009 diese Grundlagen. Der Zwischenbericht bildete den Abschluss der 1. Projektphase. Seine Kernaussage ist: Menschen mit Behinderung stehen im zukünftigen Modell im Zentrum – und nicht wie bisher die Leistungserbringer. Ihre Selbstbestimmung und Integration wird gefördert. Die Berner Regierung unterstützt die angestrebte Stossrichtung.

In der nächsten Projektphase geht es nun darum, die Grundlagen für die politische und rechtliche Umsetzung zu erarbeiten. Das kantonale Behindertenkonzept soll im Sommer 2010 dem Bundesrat unterbreitet werden. Dem Grossen Rat wird im Frühling 2011 ein Behindertenbericht vorgelegt. Die gesetzliche Grundlage für die Finanzierung von Leistungen, die von Einzelpersonen erbracht werden, wird voraussichtlich bei der laufenden Revision des Sozialhilfegesetzes geschaffen. Zusätzlich werden ab 2010 die für die Umsetzung benötigten Instrumente entwickelt. Die individuelle Bemessung der Leistungen bildet eine besondere Herausforderung. Leistungen für Menschen mit den unterschiedlichsten Formen und Ausprägungen des Unterstützungsbedarfs müssen definiert und quantifiziert werden können. Bis jetzt besteht dafür kein geeignetes Instrument. Darum schloss sich der Kanton Bern mit den Kantonen Basel-Stadt und Land zusammen. Gemeinsam schrieben sie einen externen Auftrag aus. Derzeit wählen die drei Kantone den Auftragnehmer aus.

Die kbk war wie die übrigen Partner stark in die Erarbeitung involviert. Das offene und partizipative Vorgehen der GEF ermöglicht es uns, unsere Anliegen frühzeitig in den Prozess einzubringen. Mit Spannung und auch ein wenig Skepsis sehen wir dem nächsten Jahr entgegen: Wird es gelingen, eine Leistungsbemessungsinstrument zu entwickeln, das den spezifischen Unterstützungsbedarf der Menschen mit Behinderung erfasst und trotzdem einfach in der Anwendung ist?

Teilprojekt Sonderpädagogik

Anders als beim Teilprojekt Erwachsene Behinderte wurden die Arbeiten am Sonderpädagogik-konzept noch nicht aufgenommen. Die GEF und die Erziehungsdirektion (ERZ) klären derzeit, wie die Motion Ryser umgesetzt wird. Bekanntlich fordert die Motion, dass neu die ERZ für die Sonderschule zuständig sein soll. Die Gespräche finden auf höchster Ebene hinter verschlossenen Türen statt. Die beiden beteiligten Direktionen wollen zuerst gemeinsam ein Vorgehenskonzept entwickeln, bevor externe Partner einbezogen werden. Im Zentrum stehen organisatorische und rechtliche Fragen. Herr Regierungsrat Perrenoud betonte mehrfach, dass Entscheide erst nach der Konsultation der Partner gefällt werden.

Die AG Sonderpädagogik stellte sich im vergangenen Jahr die Frage, mit welchen Massnahmen der Boden für die vermehrte Integration von Kindern mit einer Behinderung vorbereitet werden kann. Wir beobachten zahlreiche Einzelinitiativen und stellen fest, dass eine gemeinsame Perspektive der verschiedenen AkteurInnen fehlt. Deshalb erachtete es die AG Sonderpädagogik als sinnvoll, die Kräfte zu bündeln, die sich um die Integration von Kindern mit Behinderung kümmern. Die verschiedenen AkteurInnen sollen von einander wissen und gemeinsam eine Standortbestimmung vornehmen, allfälligen Handlungsbedarf aufzeigen und Forderungen ableiten. Anschliessend werden die Ergebnisse zuhanden der Politik aufbereitet.

Der Vorstand hat dem Projekt „Kräfte bündeln“ zugestimmt, die AG Sonderpädagogik wird es im Verlaufe des Jahres 2010 umsetzen.

1.3 Öffentlicher Verkehr

Seit der Erkrankung von Fritz Pfister, dem ehemaligen Leiter der AG Öffentlicher Verkehr, war diese inaktiv. Im 2009 setzten wir uns zum Ziel, die Arbeitsgruppe wiederzubeleben. An der Mitgliederversammlung anfangs März 2009 informierte Anton Scheidegger, Mitarbeiter der Fachstelle Behinderte und öffentlicher Verkehr, über anstehende „Baustellen“ im Bereich öffentlicher Verkehr im Kanton Bern und über die Rahmenbedingungen, die bei der Interessensvertretung zu berücksichtigen sind. Peter Wisler, Mitarbeiter in der AG öffentlicher Verkehr der BRB, berichtete anschliessend über seine Erfahrungen mit der Interessensvertretung. Die Zusammenarbeit mit Fachstellen, Hartnäckigkeit, Flexibilität und Geduld sowie vernetztes Denken sind gemäss seinen Aussagen wichtige Voraussetzungen für ein befriedigendes Engagement. Die Delegierten sammelten dann in einem Brainstorming ihre Anliegen an die AG öffentlicher Verkehr. Aufgrund dieser Auslegeordnung erarbeitete ich als Geschäftsleiterin das Mandat für die AG öffentlicher Verkehr und suchte Vertreter der verschiedenen Behinderungsformen, die bereit sind, sich in der Arbeitsgruppe zu engagieren. Anfangs Dezember setzte der Vorstand die Arbeitsgruppe ein. Sie wird unter der Leitung von Marc Fehlmann anfangs 2010 mit der Arbeit beginnen. Zusätzlich behielten wird die verbesserte Zugänglichkeit der S-Bahn im Bahnhof Bern im Auge. Konkrete Verbesserungen lassen noch auf sich warten.

1.4 Psychische Behinderungen

„Selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben – was braucht es dazu?“ Mit dieser Fragestellung näherten wir uns in der Mitgliederversammlung im Juni 2009 ein erstes Mal dem Thema „Psychische Behinderung“ an. Im Podiumsgespräch, das Hans Sieber moderierte, legten Betroffene, Fachleute und Angehörige ihre Sicht auf das Thema dar. Klar zeigte sich, dass die Strukturen der Psychiatrieversorgung im Kanton Bern nicht optimal sind, gemeindenahere Angebote sind in Zukunft vermehrt zu fördern. Sensibilisierung und differenzierte Informationen sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen in Zukunft eine angemessene Behandlung erhalten und weniger stigmatisiert werden.

Die Versorgungsplanung „Psychiatrie 2011-2015 will gemeindenahere Angebote fördern. Im Hinblick auf die Konsultation, die im Frühling 2010 ansteht, forderten wir die Grossrätinnen und Grossräte am traditionellen Meeting auf, hinzuschauen und sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Regula Mader als Leiterin der Kommission Psychiatrie, Gerhard Schmutz als Angehöriger und Andréa Winter als Betroffene gelang es ausgezeichnet, einen kurzen prägnanten Überblick zu vermitteln und bleibende Eindrücke zu hinterlassen. Beim anschliessenden Mittagessen standen wir den GrossrätInnen für vertiefende Gespräche zur Verfügung. Mehrere versprachen uns, unsere Anliegen bei der Behandlung der Vorlage im Grossen Rat einzubringen. Das Grossrats-Meeting war mit mehr als 30 Teilnehmenden wieder ein Erfolg.

1.5 Vernehmlassungen

Im vergangenen Jahr erarbeiteten wir Vernehmlassungsantworten zu drei Vorlagen:

Befreiung von der Fahrzeugsteuer – Änderung der Verordnung: Wir setzten uns dafür ein, dass enge Betreuungspersonen von HeimbewohnerInnen weiterhin von der Fahrzeugsteuer befreit werden können.

Neues Erwachsenen- und Kinderschutzrecht: Wir unterstützen, von den beiden zur Wahl stehenden Modellen, das kantonale Modell. Die Zuständigkeit soll in Zukunft beim Kanton (und nicht wie bisher bei den Gemeinden) liegen. Nur so kann die vom Bundesrecht geforderte Professionalität beim Erwachsenen- und Kinderschutz erreicht werden. Einzig eine Behörde mit entsprechend qualifizierten Fachpersonen kann auf die besondere Situation von Menschen mit einer geistigen und psychischen Behinderung angemessen eingehen. Die vorbereitende Kommission des Grossen Rates unterstützt ebenfalls dieses Modell. Als regionales Modell wird es dem Grossen Rat vorgelegt werden.

Revision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (Projekt FILAG 2012): Bei dieser äusserst komplexen Vorlage ging es um die Optimierung des Finanz- und Lastenausgleichs. Gleichzeitig wurden verschiedene Reformvorhaben, die Auswirkungen auf die Aufgabenteilung und die Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinden haben, aufeinander abgestimmt und als Gesamtpaket zum Beschluss vorgelegt. Wir haben uns ausschliesslich zu den Aspekten geäussert, die die Behindertenpolitik direkt betreffen. In unserer Stellungnahme unterstützen wir, dass das Sozialhilfegesetz dahin gehend angepasst wird, dass auch Leistungen, die von Einzelpersonen erbracht werden, finanziert werden können. Dagegen bemängelten wir, dass die Finanzierung von Regel- und Sonderschule nicht vereinheitlicht werden. Wegen der unterschiedlichen Finanzierungsmechanismen führt das Ziel, KleinklassenschülerInnen in die Regelschule zu integrieren, in der Praxis dazu, dass SchülerInnen mit Verhaltensauffälligkeiten häufiger in die Sonderschule abgeschoben werden. Anstatt integriert, wird vermehrt separiert.

2 Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

2.1 Kontakte mit Verwaltung, Behörden und Politik

Um unsere politischen Ziele zu erreichen, ist die Vernetzung mit Behörden, Verwaltung, Politik und Verbänden unabdingbar. Unsere politischen Themen bildeten Gegenstand von zahlreichen informellen Treffen und offiziellen Meetings mit BehördenvertreterInnen und politischen VerantwortlicherInnen. Bereits Tradition ist die **Zusammenkunft mit Regierungsrat Philippe Perrenoud** und seinen MitarbeiterInnen. Am 17. November nahmen über dreissig Grossrätinnen und Grossräte am **Grossrats-Meeting** im Hotel Bern teil. Erfreulicherweise waren alle Fraktionen vertreten, ausser der SVP, die zum selben Zeitpunkt eine parteiinterne Veranstaltung durchführte. Ebenfalls anwesend waren Regierungsrat Philippe Perrenoud, Martin Rumpf Projektleiter Psychiatrieplanung und Markus Loosli, Vorsteher des Alters- und Behindertenamtes (ALBA).

Der Vorstand trifft sich seit diesem Jahr regelmässig mit dem ALBA, um gemeinsame Themen vertieft diskutieren zu können. Das ALBA ist an einer starken kbk interessiert und wünscht sich, dass wir die Interessen und Standpunkte der Behinderten deutlich vertreten.

Anfangs Jahr trafen sich die Geschäftsleiterin und Josef Stadelmann mit Herrn Regierungsrat Christoph Neuhaus und den Verantwortlichen der **Ausgleichskasse des Kantons Bern**. Thema waren die langen Wartezeiten bei der Behandlung von Gesuchen für Ergänzungsleistungen, die für die Betroffenen äusserst mühsam und nervenaufreibend sind. Die Ausgleichskasse hat eine Reihe von Massnahmen eingeleitet, um die Wartezeiten zu verkürzen. Längerfristig soll eine leistungsfähige, prozessorientierte Informatikanwendung Entlastung bringen.

2.2 Medienkontakte

Die Mitgliederversammlung beauftragte den Vorstand, in geeigneter Weise gegen die Plakatkampagne des Bundesamtes für Sozialversicherungen zu protestieren. Das Schreiben an Herrn Bundesrat Didier Burkhalter verschickten wir als Offenen Brief auch an die Medien. Als Reaktion darauf fragte der Bund uns für einen Beitrag zum Thema „Vermehrte Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt“ an. Kurz vor Weihnachten erschien der Artikel. Seine zentralen Aussagen waren:

- Ohne Arbeitgeber, die ihre soziale Verantwortung wahrnehmen funktioniert die Integration nicht,
- die Begleitung und Unterstützung durch Integrationsfachleute sind zentral,
- nicht alle Menschen mit einer Behinderung können im ersten Arbeitsmarkt arbeiten, fließende Übergänge zwischen erstem und zweitem Arbeitsmarkt sind notwendig,
- Arbeitslosen- und Invalidenversicherung sowie die Sozialhilfe müssen ihre Bemühungen zur Arbeitsintegration dringend koordinieren,
- damit die Ziele der Invalidenversicherung erreicht werden können, sind neue Ideen und Konzepte gefragt.

2.3 Vernetzung mit Behindertenorganisationen

Die kantonalen Behindertenkonferenzen und ähnliche Zusammenschlüsse aus der deutsch- und italienischsprachigen Schweiz trafen sich zwei Mal zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch. In der Frühjahrssitzung war Tarek Naguib Gast, er stellt die Fachstelle Égalité Handicap vor, Olga Manfredi präsentierte den Gleichstellungsrat. Die Fachstelle und der Gleichstellungsrat entstanden beim Inkrafttreten des BehiG. Der Gleichstellungsrat definiert die Strategie der Fachstelle, diese kümmert sich um Anliegen rund ums Gleichstellungsrecht. In beiden Sitzungen tauschten wir uns intensiv über die kantonalen Kampagnen zur IV-Zusatzfinanzierung aus. In der Novembersitzung diskutierten wir gemeinsam mit Barbara Marti (Geschäftsleiterin Agile), wie die Mitbestimmung von Menschen mit Behinderung in den Behindertenkonferenzen und -organisationen verbessert werden kann.

3 Interna

3.1 Zusammenarbeit mit den Mitgliederorganisationen

Hauptsächlich im ersten Quartal 2009 setzte ich meine Besuche bei den Mitgliederorganisationen fort. Eine unkomplizierte Zusammenarbeit ergab sich dann bei der Kampagne zur IV-Zusatzfinanzierung. Es zeigte sich, welche wichtige Rolle unsere Mitgliederorganisationen innehaben, nur über sie funktioniert die Vernetzung in die Regionen und mit der Basis. Auf das Fachwissen und die Erfahrungen einzelner Mitgliederorganisationen griff ich jeweils zurück, wenn es darum ging Stellungnahmen zu verfassen. Ganz herzlichen Dank für die konstruktive Zusammenarbeit und das Engagement.

Wegen der Arbeitsbelastung durch die Kampagne zur IV-Zusatzfinanzierung führten wir dieses Jahr ausnahmsweise nur drei Mitgliederversammlungen durch. Der Vorstand informierte über die behindertenpolitischen Aktualitäten, die Mitglieder setzten sich mit den neu lancierten Themen auseinander, diskutierten die neuen Statuten und wählten das Präsidium sowie den Vorstand für die nächsten beiden Jahren.

Die Zusammenarbeitsitzungen der Behindertenkonferenzen im Kanton Bern dienten hauptsächlich dem Informationsaustausch. Wir besprachen zudem, wie das Projekt Trottoirabsenkungen der BRB in die andern Regionen transferiert werden kann. Nach vertieften Abklärungen im 2010 werden wir entscheiden, ob sich diese Idee umsetzen lässt.

Mit regelmässigen Rundmails informierte ich die Mitgliederorganisationen über sozialpolitische und gleichstellungsrelevante Entscheide, Grundlagen, Ereignisse und Veranstaltungen auf kantonaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Rundmails erschienen 20 Mal.

3.2 Vorstand

Der Vorstand traf sich zu acht Sitzungen. Schwerpunkt bildeten selbstverständlich die politischen Themen. Zusätzlich entwickelte er neue Statuten und setzte sich in intensiven Diskussionen mit der Erneuerung und Wiederwahl des Vorstands auseinander. Die verabschiedeten Statuten bilden eine wichtige Grundlage für eine professionelle Arbeitsweise. In einem nächsten Schritt wird es für den Vorstand nun darum gehen, die Verantwortung für die einzelnen Aufgabenbereiche im Vorstand zu verteilen und das Geschäftsreglement anzupassen. Zusätzlich bereitete der Vorstand im vergangenen Jahr drei Mitgliederversammlungen vor.

4 Dank

4.1 Mitarbeit

Der Vorstand und die Geschäftsleitung bedanken sich bei all den engagierten Menschen und den Organisationen, die einen Teil ihrer Zeit und ihres Fachwissen der kbk widmeten. Ohne dieses grosse Engagement könnte die kbk niemals alle genannten behindertenpolitischen Themen abdecken. Namentlich erwähnen möchten wir all diejenigen, die in einer Arbeitsgruppe oder im Vorstand mitarbeiteten.

- *Co-Präsidium*: Barbara Aeschbacher, Hans Sieber, Josef Stadelmann
- *Vorstand*: Co-Präsidium, Lukas Hohl, Kurt Meier (seit November 2009), Simon Ryser
- *VertreterInnen der kbk in den NFA-Begleit- und Arbeitsgruppen der GEF*: Yvonne Brütsch, Simon Ryser, Hans Sieber, Josef Stadelmann
- *AG Sonderpädagogik*: Barbara Aeschbacher, Kathrin Bodmer, Yvonne Brütsch, André Lüthi, Esther Moser, Simon Ryser, Fred Pauli, Beatrice Wermuth
- *Steuergruppe „Ja zur IV-Zusatzfinanzierung“*: Yvonne Brütsch, Simon Ryser, Peter Wisler, Christine Häsler

Ein besonderer Dank gebührt den Referierenden, die mit ihren kompetenten Beiträgen unsere Anliegen an der Medienkonferenz zur IV-Zusatzfinanzierung und am Grossrats-Meeting vertraten oder mit ihren Impulsen unsere Mitgliederversammlungen bereicherten. Namentlich sind dies: Adrian Haas, Regula Mader, Helen Reist, Martin Rumpf, Simon Ryser, Anton Scheidegger, Gerhard Schmutz, Markus Troxler, Klaus Vogelsänger, Dieter Widmer, Andréa Winter und Peter Wisler.

Ebenfalls dankend zu erwähnen ist der Früherziehungsdienst des Kantons Bern (FED), sein Mitarbeiter, Rolf Landolt, führte die Buchhaltung der kbk zuverlässig. Ein Dankeschön geht auch an die Pro Infirmis des Kantons Bern: Renato Peluso führte verschiedene Versände für die Kampagne zur IV-Zusatzfinanzierung durch und Silvana Turhan organisierte das Grossrats-Meeting selbständig.

4.2 Finanzielle Unterstützung

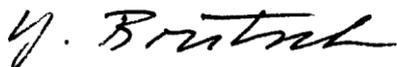
Nur dank der grosszügigen finanziellen Unterstützung des Abstimmungskomitees, von einzelnen Mitgliederorganisationen und von kantonalen Parteien und Organisationen konnten wir im Kanton Bern eine wahrnehmbare Kampagne zur IV-Zusatzfinanzierung führen. Dafür danken wir folgenden Mitgliederorganisationen: Pro Infirmis Kanton Bern, Insieme Kanton Bern, Vereinigung Cerebral Bern, Beratungs- und Rehabilitationsstelle für Sehbehinderte und Blinde des Kantons Bern, IGGH. Dank gebührt auch der Aids-Hilfe Kanton Bern, der Evangelischen Volkspartei Kanton Bern, den Grünen Kanton Bern, dem Handels- und Industrieverein Kanton Bern, dem Kantonalverband Bernischer Arbeitgeber-Organisationen und der SP Kanton Bern.

4.3 Zusammenarbeitspartner

Danken möchten wir auch all unseren Zusammenarbeitspartnern. Besonders zu erwähnen sind die Mitarbeitenden der GEF, der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE, der ERZ, der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion. Sie haben unseren Anliegen ein offenes Ohr geliehen, unsere Fragen beantwortet und uns wichtige Grundlagen für unsere Meinungsbildung geliefert.

Ebenfalls bedanken wir uns bei unserem Unterleistungsvertragspartner Integration Handicap für die unkomplizierte Zusammenarbeit und für die Vertretung unserer Interessen gegenüber dem Bundesamt für Sozialversicherungen.

Für den Bericht



Yvonne Brütsch, Geschäftsleiterin
Burgdorf, im Januar 2010